

Protokoll der 49. Sitzung (öffentlicher Teil)

der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ am Sonntag, dem 25. Januar 1998, Beginn: 10.00 Uhr; Berlin, Kronprinzenpalais, Unter den Linden 3; Vorsitz: Abg. Rainer Eppelmann

Herausforderungen und Perspektiven der Vergangenheitsaufarbeitung in Mittel-, Ost- und Südosteuropa

Eröffnung

Rainer Eppelmann	888
Jirí Gruša	892

Vorträge

Ist die Aufarbeitung der Vergangenheit eine notwendige Bedingung für die erfolgreiche Etablierung von Demokratie und Rechtsstaat?

Richard Schröder	895
Anna Wolff-Poweska	904

Diskussion	913
-------------------------	-----

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Sehr verehrte Gäste! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Mit großer Freude heiße ich Sie alle an diesem Sonntagmorgen hier in Berlin willkommen. Mein besonderer Willkommensgruß und Dank gilt unseren ausländischen Gästen und Freunden, die in großer Zahl unserer Einladung gefolgt sind. Nicht minder groß ist die Zahl der eingeladenen Deutschen, die an dem Thema, mit dem wir uns heute und morgen befassen werden, besonders interessiert sind. Auch sie, vielfach Mitstreiter unserer Kommission, begrüße ich auf das allerherzlichste.

Mit dieser internationalen Konferenz schließt die Enquete-Kommission die Reihe ihrer öffentlichen Veranstaltungen ab. Sie wird in den nächsten Monaten in Klausur gehen, um ihren Abschlußbericht zu verfassen, den sie im Juni dem Deutschen Bundestag und der Öffentlichkeit übergeben wird – so hoffen wir zumindest. Damit wird eine Arbeit an ihr Ende gelangen, die im Frühjahr 1992 mit der Einrichtung der ersten Enquete-Kommission des Bundestages „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ begann, also insgesamt etwa sechs Jahre gedauert hat.

Das Thema dieser Sitzung bildet, so meine ich, den logischen und angemessenen Abschluß dieser Arbeit: Herausforderungen und Perspektiven der Vergangenheitsaufarbeitung in Mittel-, Ost- und Südosteuropa. Zum Schluß ist es nur logisch und angemessen, wenn die Kommission den Blick über die deutschen Verhältnisse hinweghebt und zusammen mit Vertretern aus Ländern, die über vierzig Jahre Schicksalsgenossen der DDR waren, Probleme, Stand und Zweck der Vergangenheitsaufarbeitung erörtert. Es geht zum einen um die Frage, wo wir mit der Aufarbeitung stehen und wie sie jeweils geleistet wird, und zum anderen um die Frage, was wir voneinander lernen und wie wir uns gegenseitig unterstützen können.

Wir Deutschen haben in diesem Jahrhundert zwei totalitäre Regime erlebt. Das eine, der Nationalsozialismus, war selbstgewählt, das andere von der Sieger- und anfänglichen Besatzungsmacht Sowjetunion implantiert, von deutschen Gesinnungsgenossen dann allerdings auch willig exekutiert. In ganz Europa wird heute die Frage diskutiert, ob es zulässig ist, die faschistische und die kommunistische Diktatur unter einem Oberbegriff zusammenzufassen, dem Begriff „totalitär“ bzw. „Totalitarismus“.

Mir scheint, am Ende dieses 20. Jahrhunderts herrscht ein großer Bedarf, das Zeitalter auf einen Begriff zu bringen. Das 20. Jahrhundert also das Jahrhundert der totalitären Diktaturen? Ich denke, zumindest einstweilen wird es wohl bei dieser Begrifflichkeit bleiben. Sie hilft uns, die wir diesem mörderischen Jahrhundert entronnen sind, unsere Erfahrungen zu ordnen und daraus die Lehren für die Zukunft unserer Völker zu ziehen. Diese Lehren lassen sich in wenigen Worten zusammenfassen: Menschenrechte, Rechtsstaat, freiheitliche Demokratie.

Nach 1989/1990 standen wir in Deutschland zum zweitenmal vor dem Problem, ein totalitäres Regime juristisch, personell und politisch-moralisch aufzuarbeiten. Doch bald schon zeigte sich, daß aus der Vergangenheitsbewältigung der Westzonen und der frühen Bundesrepublik wenig für die neue Situation zu lernen war und aus der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung der sowjetischen Besatzungszone und der frühen DDR schon gar nichts.

Das nationalsozialistische Regime war im Gefolge einer militärischen Niederlage zusammengebrochen, das kommunistische im Gefolge einer demokratischen Revolution. Nicht das ganze Deutschland stand wie 1945 vor den Resten einer totalitären Herrschaft, sondern nur ein Teil, während der andere Teil, Westdeutschland, die Bundesrepublik, zur Aufnahme und zur Hilfestellung bereitstand. Diese Konstellation gab und gibt bis heute der Aufarbeitung der SED-Diktatur ihr eigenes Gepräge, aber auch – wie ich hinzufügen muß – spezifische Probleme.

Die Protagonisten der Bürgerbewegung, die 1989/90 die SED-Diktatur mit zu Fall brachte, schrieben gleich nach dem Umbruch das Thema Aufarbeitung auf ihre Fahnen. Vor allen Dingen sorgten sie dafür, daß die Akten des Staatssicherheitsdienstes der DDR für die Betroffenen geöffnet wurden. Dies geschah durch

das sogenannte Stasi-Unterlagen-Gesetz vom 20. Dezember 1991, das die Akten auch für die zeithistorische Forschung öffnete.

Von vielen, insbesondere auch in Westdeutschland, war befürchtet worden, der Einblick in die Akten, in Spitzeltätigkeit und Zersetzungsmaßnahmen werde zu Mord und Totschlag führen. Solche Befürchtungen bewahrheiteten sich jedoch nicht. Vielmehr öffneten die Akten vielen die Augen über die wahre Natur des SED-Regimes. Sie offenbarten eine hochgradig synthetische Scheinwelt, die in ihrer Bösartigkeit und Abstrusität auch schon wieder Züge des Lächerlichen trägt. Jemand hat gesagt, diese Akten schrien nach einem Shakespeare. Daran ist wohl viel Wahres. Für den nachträglichen Betrachter bezeugen diese Hinterlassenschaften das Selbstverständnis, das Menschen- und Weltbild sowie die Vorgehensweise eines disziplinierten bürokratischen Apparates im Dienste eines Regimes, das permanent um seine Existenz bangte und wohl auch bangen mußte.

Da auch die übrigen Akten der DDR, der Parteien, allen voran der SED, der Massenorganisationen und Regierungsstellen größtenteils für die zeithistorische Forschung zur Verfügung stehen, erleben wir in den letzten Jahren einen beispiellosen Forschungsboom. Dazu dürfte auch, wie es beabsichtigt war, die 18bändige Edition der „Materialien“ beigetragen haben, die die Arbeit der ersten Enquete-Kommission des Bundestages dokumentiert. Inzwischen dürfte die DDR neben der NS-Zeit zu den besterforschten Parteien der deutschen Geschichte zählen.

Aber wie steht es mit der breiten Öffentlichkeit, mit der justitiellen Aufarbeitung verübten Unrechts, mit der Rehabilitierung und Entschädigung der Opfer, mit dem Austausch des ehemals führenden Personals in Wirtschaft, Verwaltung und Gesellschaft? Die Fragen würden eine differenzierte und ausführliche Antwort erfordern, die ich hier aber nicht geben kann. Ich erlaube mir, nur einen Punkt herauszugreifen.

Eines haben die justitielle Aufarbeitung und die Entschädigung vieler Opfer gemeinsam: Weder kann die Justiz einzelne Repräsentanten des Regimes für das Verstellen und Verpfuschen der Lebenschancen von Millionen Menschen zur Rechenschaft ziehen, noch kann nachträgliche, immer unzureichende Entschädigung den Verlust von individuellen Lebenschancen jemals ausgleichen. Da bleiben ein Stachel und ein Ungenügen, denen nicht beizukommen ist. Nebeneinander und miteinander leben heute im vereinten Deutschland systemisch ganz unterschiedlich geformte und ausgestattete Menschen mit ihren Lebensgeschichten. Jeder von ihnen beansprucht seine persönliche Würde, doch sie können einander nur schwer und mühsam verstehen.

Das ist die Kehrseite des Glücks der gescheiterten DDR, von der Bundesrepublik aufgefangen worden zu sein. Diese Kehrseite hat ihre Bedeutung auch für die historische Aufarbeitung der DDR. Nicht wenige im heutigen Ostdeutschland, nicht nur unbelehrbare Hinterbliebene des alten Regimes, wollen nichts mehr von der Aufarbeitung hören, da sie sich von ihr belästigt fühlen. Da kommt dann

das Argument gelegen, die historische Aufarbeitung der DDR sei ein weiteres Mittel des Westens, die Ostdeutschen zu dominieren; es handle sich bei der Aufarbeitung um Siegesgeschichte.

Dennoch bleibt der Impetus der Bürgerrechtsbewegung „Aufarbeitung tut not“ richtig. Letztlich geht es um die historische Wahrheit, und ohne die kann es keine Versöhnung zwischen Tätern und Opfern geben. Versöhnung sollte in der Tat das oberste Ziel der Aufarbeitung sein, Versöhnung und Erinnerung. Denn ohne Erinnerung sind wir wesenslose Zombies, die jeder Manipulation anheimfallen können.

Erinnerung bildet Identität. Das gilt für den einzelnen wie für ganze Völker. Doch es darf keine falsche, keine konstruierte, keine lügenhafte und keine legendenhafte Erinnerung sein, die nur auf falsche Fährten lockt. Sie muß vielmehr wahrhaftig sein, nichts außer wahrhaftig; sie muß beglaubigt und belegt sein. Solange es die Zeitzeugen gibt – und Gott sei Dank gibt es davon noch eine große Menge –, gilt es, ihr Zeugnis zu bergen und zu bewahren. Dies scheint mir eine der vornehmsten Aufgaben der zeithistorischen Aufarbeitung zu sein.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, lange Zeit wurde der alten Bundesrepublik vorgehalten, sie habe es an der notwendigen Bewältigung der NS-Vergangenheit fehlen lassen. Solche Stimmen sind inzwischen nahezu verstummt. Lange wollten die Kritiker nicht wahrhaben, daß die Bundesrepublik Deutschland, die 1949 ins Leben trat, von Beginn an sehr prinzipiell, das heißt auch strukturell, die Lehren aus der Vergangenheit gezogen hatte. Nicht nur, daß sie sich die freiheitlichste Verfassung der deutschen Geschichte gab, mit einem föderativen Staatsaufbau dazu, der glücklicherweise die frühere Unausgewogenheit vermied; sie tat ein übriges.

Sie vermaß gleichsam die europäische Topographie neu und bestimmte darin Deutschland einen Platz, der die herkömmliche Selbsteinschätzung und Selbstverortung des Deutschen Reichs in Europa hinter sich ließ. Sie löste sich von dem Ideal der absoluten Autonomie und Unabhängigkeit des Nationalstaates alter Prägung, wie es aus dem 19. Jahrhundert überliefert war und wie es die Bismarcklösung für Deutschland repräsentierte. Das Deutschland des Grundgesetzes sucht seinen Frieden und seine Zukunft in einer freiheitlichen, solidarischen Ordnung in Europa. Es begreift sich als deren Teilhaber, nicht als Zentralmacht in Europa, um die sich alles zu drehen hat.

Das Europa, welches das Grundgesetz sich vorstellt und uns zur Aufgabe macht, ist eine Gemeinschaft der selbstbestimmten Völker und Nationen. Mit der Bundesrepublik dieses Grundgesetzes haben sich die Deutschen der DDR, nachdem sie die totalitäre Diktatur abgeschüttelt hatten, vereinigt.

Das gerade hier in Berlin zu sagen erscheint mir notwendig. Ungeachtet der Entscheidung für Berlin als politische Hauptstadt kehrt Deutschland innerlich und äußerlich nicht zu seiner früheren Verfassung und Lage in Europa zurück. Deutschland ist – ich zitiere unseren früheren Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker aus dem Jahre 1990 – „in der alten Bundesrepublik ein ganz und gar

westliches Land geworden, und dabei wird es nach der Vereinigung in vollem Umfang bleiben“.

Das stellt vor allem, um das wegen der besonderen historischen Hypothesen herauszugreifen, das deutsche Verhältnis zu dem hier in Berlin so nahen Polen auf eine geschichtlich völlig neue Basis. Zum erstenmal hat Polen ein ganz und gar westliches Deutschland zu seinem Nachbarn, ein Deutschland, das keine Ambitionen auf eine Hegemonie in Mitteleuropa hegt und sich auch keine Brückenfunktion zuschreibt, auf die andere aus Gründen ihres europäischen Selbstbewußtseins keinen Wert legen.

Auch die geistig-politischen Abgrenzungen zwischen West-, Mittel- und Osteuropa erscheinen heute eingeebnet. Noch nie in den 200 Jahren seit der Französischen Revolution, so scheint mir, waren die Völker Europas vom Atlantik bis zum Ural so geeint in der Überzeugung, daß ihr Gemeinsames in der politischen Kultur begründet liegt, welche die Idee der Menschenrechte, den freiheitlich-demokratischen Verfassungs- und Rechtsstaat hervorgebracht hat.

Ob wir gesamteuropäisch das Glück dieser historischen Stunde nach einem Jahrhundert der Katastrophen, Massenirrtümer und Staatsverbrechen werden halten können, wage ich nicht zu sagen. Ich hoffe darauf und möchte es uns allen, liebe Gäste aus Mittel-, Ost- und Südosteuropa, inständig und von Herzen wünschen. Mit diesem Wunsch und mit dem Blick voraus eröffne ich diese Sitzung.

(Beifall)

Bevor ich dem ersten Redner das Wort erteile, möchte ich ihn ganz kurz vorstellen. Geboren wurde er 1938 in Pardubice; er studierte Philosophie und Geschichte an der Karlsuniversität in Prag; wurde 1968 Redakteur einer Wochenzeitung; erstmals angeklagt auf Grund der Teilpublikation des „Mimner“; Berufsverbot; Angestellter in verschiedenen Baufirmen; 1977 Mitunterzeichner der Charta 77; 1978 inhaftiert; 1980 Annahme einer Einladung in die USA; Ausbürgerung während der Rückreise; Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland; 1983 Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft, dann freier Schriftsteller in der Bundesrepublik; während der „sanften Revolution“ Rückkehr nach Prag und Teilnahme am öffentlichen Leben des Landes; 1990 Mitglied des Deutschen PEN-Clubs; 1990 bis 1992 Botschafter der „ČSFR in der Bundesrepublik Deutschland; Botschafter der Tschechischen Republik; 1993 Mitglied der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung; 1997 Minister für Schulwesen, Jugend und Sport der Tschechischen Republik. Herr Botschafter und Minister a. D., Sie haben das Wort.

Jirí Gruša: Sehr verehrter Herr Vorsitzender! Verehrte Gäste, Kolleginnen und Kollegen! Liebe Freunde! Die Diktatur und ihre Folgen und die Aufarbeitung der Vergangenheit Mittel-, Ost- und Südosteuropas – unser und mein Thema – beschäftigen mich immer mehr. Mit Recht redet der heutige Gastgeber über Herausforderungen und Perspektiven in einem Atemzug. Er hat auch Betrachtungen und Analysen geliefert. Wenn die anderen genauso fundiert und präzise sind wie